

POLITISCHE BILDUNG DURCH SOZIALE ARBEIT IM HANDLUNGSFELD (FLUCHT-)MIGRATION

Simon Schmidbauer

Zusammenfassung | Politische Bildung ist ein wichtiger Bestandteil professioneller Sozialer Arbeit, auch wenn die Fachdebatte bisher noch wenig entwickelt ist. Daher werden zunächst die normativen und konzeptionellen Grundlagen politischer Bildung durch Soziale Arbeit mit einem Fokus auf das Handlungsfeld (Flucht-) Migration herausgearbeitet. Anhand der Ergebnisse einer qualitativen Befragung von dort tätigen Fachkräften wird daraufhin untersucht, welche Themen der politischen Bildung in der Praxis relevant sind.

Abstract | Political education is an important component of professional social work, even though the professional debate is not yet widely developed. Therefore first the normative and conceptual foundations of political education by social work are elaborated, with a focus on the field of social work with refugees and other migrants. Based on the results of a qualitative survey of professionals working in this field, it is then examined which topics of political education are relevant in practice.

Schlüsselwörter ► Politische Bildung
► Soziale Arbeit ► Migration ► Flüchtlingshilfe

jedoch durchaus eine Praxis vorhanden sei. Dabei hätte Soziale Arbeit nach ihrer Meinung Wichtiges beizusteuern: „[...] Aneignungs- und anerkennungstheoretische Zugänge, eine ganzheitliche pädagogische Perspektive auf politische Bildungsprozesse, Expertise in der subjekt- und gruppenbezogenen Arbeit mit politisch und gesellschaftlich Benachteiligten und vor allem eine Verankerung in sozialen Handlungsfeldern, die nicht nur Bildungsräume sind. Soziale Arbeit könnte das Feld der non-formalen politischen Bildungsarbeit konzeptionell stärker bereichern, sie könnte Grenzen und Beziehungen zur schulischen Politik und Politikdidaktik definieren und sie könnte Rahmenbedingungen des gesellschaftlichen Alltags mit strukturieren, an und in dem sich Menschen (informell) bilden.“ (ebd., S. 70)

Der vorliegende Artikel setzt an dieser Feststellung an und beschreibt politische Bildung in der Sozialen Arbeit zunächst überblicksartig und anschließend spezifisch für das Handlungsfeld (Flucht-)Migration. Darauf aufbauend wird anhand einer Befragung von dort tätigen Fachkräften herausgearbeitet, welche Themen der politischen Bildung in der Arbeitspraxis mit Geflüchteten und anderen Migrant*innen aus deren Sicht relevant sind.

137

2 Politische Bildung und Soziale Arbeit |

2-1 Begriffsbestimmung | Politische Bildung soll hier als die Gesamtheit aller Prozesse verstanden werden, bei denen ein Mensch in Bezug auf das Leben im Gemeinwesen geprägt wird und sich selbst prägt (Reheis 2016, S. 13). Daraus ergibt sich ein konfliktreiches und kontroverses Spannungsverhältnis, da politische Bildung, ebenso wie Soziale Arbeit, einen Vermittlungsauftrag zwischen gesellschaftlich-politischen Strukturen und den Mitgliedern der Gesellschaft hat (Többe-Schukalla 2013, S. 166). Fachkräfte der Sozialen Arbeit sind demnach politisch bildend tätig, sobald sie diese Prägungsprozesse anstoßen oder Rahmen.

Diese breite und sehr vage Begriffsbestimmung verweist darauf, politische Bildung als integralen Bestandteil der Sozialen Arbeit zu begreifen. Alternativ könnte politische Bildung aber auch als eigenes sozialpädagogisches Handlungsfeld und Querschnittsaufgabe, als Auftrag, der sich in und mit den Angeboten der Sozialen Arbeit ergibt, oder auch als Ort der interdisziplinären Vernetzung beider Felder gesehen

werden (Wagner; Lochner 2020, S. 5). Ein faktischer Auftrag zu politischer Bildung existiert jedoch in den allermeisten Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit nicht.¹ Trotzdem leistet die Soziale Arbeit durch ihre Angebote sowohl explizit als auch ungeplant beiläufig politische Bildung, indem sie formale sowie informelle Bildungsoptionen bietet (Bürgin 2017, S. 69). Mit der Bezeichnung „explizit“ sollen hierbei politisch bildende Angebote umschrieben werden, die als solche konzipiert und durchführt werden. Im Unterschied dazu soll die Umschreibung als „ungeplant beiläufig“ darauf hinweisen, dass politische Bildungsprozesse oft so eng mit der Tätigkeit Sozialer Arbeit verflochten sind, dass soziale Fachkräfte bereits durch die Ausübung ihrer Tätigkeit politisch bilden.

2-2 Normative und fachliche Grundlagen politischer Bildung in der Sozialen Arbeit |

Politische Bildung in der Sozialen Arbeit muss sich zugleich an normativen und fachlichen Grundlagen der politischen Bildung als auch der Sozialen Arbeit orientieren. Auf Seiten der politischen Bildung sei an dieser Stelle der sogenannte Beutelsbacher Konsens hervorgehoben, der bis heute als normative Grundlage politischer Bildung gilt (Reheis 2016, S. 28). Dieser wurde als Ergebnis einer Fachtagung der politischen Bildung in Beutelsbach von Hans-Georg Wehling (1977) formuliert und enthält drei Prinzipien:

1. Überwältigungsverbot
2. Kontroversität
3. Befähigung zur Analyse und Partizipation (ebd., S. 179 f.).

Das Überwältigungsverbot trennt politische Bildung von Indoktrination. Es besagt, dass das Bilden eines selbständigen Urteils nicht durch die Vorgabe erwünschter Meinungen und die Bewerbung bestimmter Positionen verhindert werden soll. Dazu gehört insbesondere, dass kontrovers wiedergegeben werden muss, was auch in Wissenschaft und/oder Politik kontrovers ist. Dies führt zu dem Ziel, dass Kompetenzen vermittelt werden, die zur Analyse der politischen Situation und der eigenen Interessenslage sowie zur Beeinflussung der gegebenen politischen Situation notwendig sind. Diese Prinzipien, so grundlegend wie sie sind, sollten auch die Leitschnur für politische Bildung in der Sozialen Arbeit sein.

1 Eine Ausnahme ist die Jugendhilfe, bei der sich dieser aus §11 Abs. 1 SGB VIII ergibt.

2 Zur Differenzierung von politischem Fakten- und Verständniswissen siehe Westle; Tausendpfund 2019.

Auf Seiten der Sozialen Arbeit erscheint insbesondere der von Hans Thiersch (2015) maßgeblich entwickelte Ansatz der Lebensweltorientierung als ein geeigneter theoretischer Rahmen. In diesen kann politische Bildung insbesondere im Kontext der Struktur- und Handlungsmaximen der Alltagsorientierung und der Partizipation eingeordnet werden. Hier besteht ein erster gewichtiger Unterschied zu vielen gängigen Formaten der politischen Bildung. Der Auftrag für die Soziale Arbeit kann nicht darin bestehen, breit politisches Faktenwissen zu vermitteln. Dies ginge an der primären Zielsetzung Sozialer Arbeit, der Bewältigung von Alltag und der dort verorteten Problemstellungen, vorbei. Die zu vermittelnden Informationen müssen sich also an der individuellen Lebenssituation sowie der subjektiven Bewertung der Klient*innen orientieren. Darüber hinaus muss es darum gehen, politisches Verständniswissen² zu erzeugen. Erst, wenn die politischen Informationen in ihrer Bedeutung verarbeitet werden, die sie im Leben der Klient*innen entfalten, ist die Leitlinie der Alltagsorientierung erreicht.

Angebote der politischen Bildung versuchen ebenso auf das Subjekt mit seinen Prioritäten und Alltagsproblemen einzugehen und Hilfe bei der Alltagsbewältigung zu leisten. Während die klassischen Angebote politischer Bildung diesen Anspruch kaum erfüllen können, ist dies ein originärer Teil des Auftrags und der Tätigkeit Sozialer Arbeit (Többe-Schukalla 2013, S. 177). Sie darf dagegen keine programmatischen Inhalte vorab festlegen, didaktisch strukturieren und durchsetzen wollen, wie dies im Rahmen politischer Bildung passiert. Stattdessen sollte sie sensibel bleiben und individuelle Akzentsetzungen und Bedarfe aufnehmen. Politische Bildungsprozesse in der Sozialen Arbeit müssen also zunächst inhaltlich unbestimmt bleiben.

Wiebke Dierkes (2020) plädiert daher darauf, dass die Perspektiven der Adressat*innen in den Mittelpunkt rücken müssten. Soziale Arbeit müsse sich darüber hinaus im Gemeinwesen vernetzen und produktiven Kontakt zu sozialen Bewegungen halten, ihre Einrichtungen und Programme radikal demokratisieren, politische Bildung in- und außerhalb der Sozialen Arbeit ermöglichen, in dem sie den politischen Raum „mit-bildet“, also im öffentlichen Raum und Diskurs interveniert und sich selbst als eine Soziale Arbeit sehen, die „politische Bildung nicht hat oder braucht, sondern selbst ist“ (ebd., S. 12). Nach Monika Többe-

Schukalla (2013) sollte sich Soziale Arbeit zudem als Teil einer kritischen politischen Bildung verstehen, deren Ziel darin besteht, „einen Beitrag zu einer an Aufklärung und Emanzipation orientierten Bildung und politischen Handlungsfähigkeit unter Orientierung an den real vorfindbaren Lebenssituationen und Kompetenzen [zu] leisten“ (ebd., S. 179).

2-3 Politische Bildung im Handlungsfeld (Flucht-)Migration | Das Handlungsfeld (Flucht-)Migration kann als Gesamtheit vielfältiger Arbeitskontexte mit je unterschiedlichen Anforderungen und Zielsetzungen umschrieben werden. In Anlehnung an Nausikaa Schirilla (2016) können darunter insbesondere Asylsozialberatung, Flüchtlingssozialarbeit und -sozialdienste, Angebote im Rahmen der Wohnunterbringung, Inobhutnahme unbegleiteter Minderjähriger, Arbeit mit Illegalisierten (sans papiers) sowie Migrationsberatung und Jugendmigrationsdienste gefasst werden. Politische Bildung gehört in den genannten Arbeitsfeldern nicht zum spezifischen Auftrag der sozialen Fachkräfte, obwohl Angebote der Sozialen Arbeit oft die erste politische Bildungsinstanz in Deutschland sind, noch vor dem Integrationskurs des BAMF oder der klassischen politischen Bildung (Schmidbauer; Haug im Erscheinen). Von Seiten der Praxis wird hierbei insbesondere für die Zeit, bevor andere Maßnahmen greifen können, die Vermittlung von Orientierungswissen als politischer Bildungsauftrag formuliert, deren Grundlagen in einer Handreichung „Erstorientierung für Geflüchtete“ breit dargelegt wurden (Ebbeler et al. 2019). Migration ist aber im Angesicht von großen Teilen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zugleich ein Querschnittsthema, dass sich durch die verschiedenen Handlungsfelder der Sozialen Arbeit zieht.

Eine Besonderheit der Arbeit mit Geflüchteten, aber auch anderen Zugewanderten, sind die oft im direkten Nachfeld der Ankunft fehlenden deutschen Sprachkenntnisse. Diese erschweren die Fokussierung klassischer politischer Bildungsangebote beider Professionen auf die Interessen, Ressourcen und Bedarfe der Adressat*innen, da es sich in der Praxis häufig als schwierig herausstellt, diese zu eruieren (Toyka-Seid 2018, S. 12). Viele Geflüchtete, so das Resultat der Analyse im Rahmen des Projektes „Empowered by democracy“, kamen zudem nicht wegen des Themas zu Veranstaltungen der politischen Bildung, sondern weil sie von Vertrauenspersonen, wie beispielsweise

Freund*innen oder Ehrenamtlichen, auf diese aufmerksam gemacht wurden und die Angebote eine Abwechslung im Alltag versprachen. Zusätzlich zu diesen expliziten Bildungsangeboten kann Soziale Arbeit durch die engere Einbindung in das Lebensumfeld ihrer Adressat*innen zusätzlich ungeplant beiläufig auf spezifische Alltagsanforderungen reagieren. Hier stellen sich die zuvor genannten Herausforderungen nicht in demselben Ausmaß, da viel schneller und differenzierter auf das Individuum eingegangen werden kann. Daran zeigt sich, wie wichtig es ist, zwischen expliziten und ungeplant beiläufigen Bildungsaktivitäten zu differenzieren.

3 Empirie: Themen der politischen Bildung

im Handlungsfeld | Im Nachfolgenden wird anhand einer deskriptiven Auswertung, angelehnt an eine qualitative Inhaltanalyse nach Jochen Gläser und Grit Laudel (2010), herausgearbeitet, welche Themen der politischen Bildung in der Sozialen Arbeit im Handlungsfeld (Flucht-)Migration aus Sicht von dort tätigen Fachkräften relevant sind. Weiterhin wird versucht nachzuzeichnen, ob und welchen politischen Bildungsauftrag die befragten Praktiker*innen für sich selbst formulieren. Hierbei wird auf empirisches Material zurückgegriffen, das in einem Forschungsprojekt an der Ostbayerischen Technische Hochschule Regensburg erhoben wurde.³ Befragt wurden unter anderem sieben Fachkräfte der Sozialen Arbeit, auf deren Aussagen sich die folgende Auswertung stützt. Diese decken nahezu die gesamte Bandbreite der zuvor differenzierten migrationsspezifischen Arbeitsfelder ab: Asylsozialberatung, Angebote im Rahmen der Wohnunterbringung von Geflüchteten in AnKER-Zentren⁴ und Gemeinschaftsunterkünften, (Jugend-)

3 Das Projekt unter der Leitung von Prof. Dr. Sonja Haug zu Demokratiebildern und politischer Partizipation von Geflüchteten ist Teil des Bayerischen Forschungsverbunds zur Zukunft der Demokratie (ForDemocracy), welcher vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst gefördert wird.

4 Der Begriff AnKER ist ein Akronym für „Ankunft, kommunale Verteilung, Entscheidung, Rückführung“. Dabei handelt es sich um Erstaufnahmeeinrichtungen, in denen das Asylverfahren insbesondere dadurch beschleunigt werden soll, dass die zuständigen Behörden an einem Ort gebündelt werden. Am Begriff und der Ausgestaltung dieser Einrichtungen wurde und wird weiterhin massiv Kritik geübt, beispielsweise auch durch den deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH 2018).

Migrationsberatung sowie Angebote für ausländische Arbeitnehmer*innen. An die Expert*innen-Interviews schloss sich eine standardisierte Befragung von Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften sowie Sprach- und Integrationskursen an, die im Zeitraum von November 2019 bis Februar 2020 durchgeführt wurde.

Die von den Fachkräften vorgebrachten Themen der politischen Bildung durch Soziale Arbeit im Kontext von (Flucht-)Migration werden im Folgenden in fünf Bereichen differenziert betrachtet:

- ▲ Politisches System
- ▲ Rechte und Pflichten
- ▲ Interkulturelle und soziale Kompetenzen
- ▲ Aktuelle politische Zusammenhänge und Geschichte
- ▲ Unterstützung bei Partizipation.

3-1 Politisches System | Alle befragten Fachkräfte berichten, das politische System in Deutschland mit seinem Aufbau und Zusammenhängen in ihrer Arbeit zu thematisieren. Dazu gehören beispielsweise die Gewaltenteilung und der Aufbau des Sozialstaats, aber auch die Rolle von Journalismus und Presse in der Demokratie.

Ein befragter Flüchtlings- und Integrationsberater stellt fest, dass eine Besonderheit der Geflüchteten im Vergleich zu anderen seiner Klient*innen darin bestünde, dass diese durch das Asylverfahren von Anfang an eng mit dem politischen System in Kontakt kämen und es dadurch kennenlernten (AAE, Z. 799-811). Dieses System sei aber schwer zu durchschauen und es komme immer wieder zu Missverständnissen. So werde beispielsweise der Unterschied zwischen Exekutive und Judikative im Asylverfahren nicht erkannt. Diese Gleichsetzung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge mit der Gerichtsbarkeit wird von allen vier Befragten beschrieben, die in ihrer Tätigkeit primär mit Asylsuchenden beschäftigt sind. Hier leisten die Fachkräfte nach eigener Aussage Aufklärungsarbeit, indem sie beispielsweise über Zuständigkeiten und Rechte von Ämtern und Behörden im Vergleich zu Gerichten informieren. Dabei würde unter anderem thematisiert, welche Entscheidungen nicht hingenommen werden müssten und wie gegen diese vorgegangen werden kann (AAE, Z. 836-850, LIC, Z. 910, MAE, Z. 748-760, SEC, Z. 841-850, Z. 896-909).

Ein in den Interviews wiederholt aufgekommenes Thema ist das Sozialsystem. Hier berichten die Fachkräfte, dass sie insbesondere darüber aufklären, wie und wofür Sozialleistungen bezogen werden können, woher das Geld kommt, das im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes oder der Grundsicherung an Bedarfsempfänger*innen ausgezahlt wird, aber auch, warum vom Lohn Steuern und Versicherungsbeiträge abgezogen werden (AAE, Z. 692-702, LEH, Z. 126-140, MAE, Z. 703-714).

Alle vorgenannten Themen sind dem Bereich der ungeplant beiläufigen politischen Bildungstätigkeit zuzuordnen. Eine Fachkraft beschreibt darüber hinaus, dass ihr freier Träger vielfältige Kurs- und Freizeitangebote insbesondere für Kinder- und Jugendliche zu verschiedenen Themen durchführt. Diese fallen thematisch häufig in den Bereich der politischen Bildung, wie beispielsweise das Entstehen von Gesetzen oder die Rolle von Journalismus und Presse in einer Demokratie (ALA, Z. 232-250).

3-2 Rechte und Pflichten | Die Bandbreite der den Rechten und Pflichten zugeordneten Themen reicht von aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen und den Möglichkeiten der Einbürgerung bis hin zu Grund- und Freiheitsrechten, wie der Meinungsfreiheit, aber auch Frauen- und Kinderrechten. Im Zentrum stehen aber insbesondere die mit dem Aufenthaltsstatus einhergehenden Rechte und Pflichten in Bezug auf Aufenthalt und Arbeit. Gerade die Asyl- und Integrationsberater*innen beschäftigten sich damit aktiv in ihrer professionellen Tätigkeit, aber auch beispielsweise im Rahmen der Wohnunterbringung von Geflüchteten wird dies nach Aussage der dort Tätigen häufig thematisiert. Weiterhin seien die Möglichkeiten der Einbürgerung ein Thema, jedoch, worauf ein Sozialpädagoge aus dem Jugendmigrationsdienst hinweist, weniger aufgrund der damit einhergehenden politischen Rechte, wie der Möglichkeit zu wählen. Vielmehr würde die Einbürgerung mit Sicherheit und Ruhe gleichgesetzt sowie der Tatsache, nicht mehr zur Ausländerbehörde zu müssen (LEG, Z. 489-502).

Auch politische Beteiligungsrechte werden als Gesprächsthema mit Klient*innen genannt. Hier zeigt sich, dass diese oft unbekannt sind und Erfahrungen aus dem Herkunftsland auf Deutschland übertragen werden. Die Fachkräfte berichten, dies aufzugreifen und zu reflektieren. Dies wird in verschiedenen Zitaten

deutlich, wie in der folgenden Aussage zu Demonstrationen: „Ich habe dann erzählt: „Ja da war eine Demonstration“. Dann hat die iranische Frau gleich gefragt: „Wie viele Leute wurden festgenommen?“ „Du, das war in [Großstadt in Bayern], da, wo die, glaube, ich, weiß nicht, niemand.“ „Wie?“ Also das war für sie unvorstellbar, dass nach einer Demonstration keiner getötet oder festgenommen [wurde].“ (LEH, Z. 564-568)

Eng verknüpft mit Rechten und Pflichten sind auch die Themen Justizverfolgung und Kriminalität. Verschiedenen Befragten zufolge seien viele Geflüchtete verwundert, dass die Justizbehörden nicht härter durchgriffen, so wie sie dies aus ihren Herkunftsländern gewohnt seien (LEG, Z. 473-487, MAE, Z. 636-659). Hier klärten die Fachkräfte darüber auf, welche Freiheitsrechte auch gegenüber der Polizei garantiert seien. Zugleich werden aber auch rassistische Verhaltensweisen (Stichwort „racial profiling“) der Justizbehörden thematisiert und reflektiert (LEG, Z. 473-487).

Auch in diesem Themenbereich finden sich explizit politisch bildende Interventionsformen. So berichten beispielsweise die beiden Befragten aus der Wohnunterbringung von Informationsveranstaltungen für Geflüchtete zu verschiedenen Themen. Diese würden teils von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, teils von Geflüchteten durchgeführt und umfassten eine große Bandbreite an Themen wie beispielsweise Menschen-, Grund-, Frauen- und Kinderrechte (SEC, Z. 823-829).

3-3 Interkulturelle und soziale Kompetenzen | Zusätzlich zu gewährten Freiheiten, Rechten und Pflichten seien aus Sicht der Fachkräfte auch Regeln und Normen des täglichen Zusammenlebens ein wichtiges Thema. So beschreibt ein Flüchtlings- und Integrationsberater, dass die in Deutschland gewährten Freiheitsrechte häufig als absolut ausgelegt würden, aber ebendiese auf gesellschaftlich geteilten sozialen Normen beruhten, die erfahrbar gemacht werden müssten: „So Normen, die das tägliche Zusammenleben, auch ohne dass es irgendwo an der Wand hängt und aufgeschrieben ist, aber die irgendwie so verinnerlicht sind in unserer Gesellschaft, dass man das ihnen auch deutlich macht, so. Unsere Freiheit fußt eben auch auf diesen Aspekten“ (MAE, Z. 665-668).

Soziale und interkulturelle Kompetenzen, die sich auf das gesellschaftliche Miteinander beziehen,

werden in vielen Facetten als Teil der professionellen Praxis beschrieben. Dazu zählen beispielsweise auch Kommunikationssituationen und Umgangsformen im Arbeits- und Privatleben (ALA, Z. 186-188, LEG, Z. 539-551) oder die diverse Zusammensetzung der Gesellschaft (LEG, Z. 332-342). Weiterhin werden Beteiligungs- und Bildungsformate in der Einrichtung (LIC, Z. 966-973, SEC, Z. 497-502), Projekte an Schulen (LEG, Z. 93-99) oder Ferienaktionen beschrieben (ALA, Z. 245-247). Die dabei behandelten Themen weisen eine große Bandbreite auf, wie beispielsweise die Gleichberechtigung von Mann und Frau, der Umgang mit Mobbing, die Einforderung von Rechten, die Stärkung von Selbstwirksamkeit oder auch Salafismusprävention.

3-4 Aktuelle politische Zusammenhänge und Geschichte | Über aktuelle politische Zusammenhänge würde nach Aussage der Befragten immer dann gesprochen, wenn diese im Fokus der Berichterstattung stünden, oder die Geflüchteten persönlich beträfen. Als Beispiele werden die Bundestagswahl, die Parteien und wofür diese stehen (AAE, Z. 870-878), Korruptionsskandale in der Politik (LEG, Z. 459-471) oder auch die Wahrnehmung von Personen mit Migrations-/Fluchthintergrund, Diskriminierung und Rassismus in Deutschland (LEG, Z. 473-487, LIC, Z. 982-987) genannt. Vielfach käme der Anstoß von Seiten der Klient*innen, oft verbunden mit dem Wunsch nach Einordnung der Geschehnisse.

Geschichtliche Zusammenhänge finden sich im Datenmaterial nur insofern, dass verschiedene Befragte beschreiben, dass sie mit Klient*innen das im Herkunftsland der Geflüchteten erlebte politische System mit dem NS-Regime oder der SED-Diktatur in Deutschland verglichen (ALA, Z. 233-239, LEG, Z. 579-592).

3-5 Unterstützung bei Partizipation | Verschiedene Befragte gaben an, dass sie selbst Unterstützung bei der Partizipation leisten. So berichtet eine Sozialarbeiterin in Gemeinschaftsunterkünften (LIC, Z. 966-973), dass sie die Bewohner*innen in Beteiligungsprozesse im Gemeinwesen im Rahmen des dort befindlichen Quartiersmanagements einzubinden versuchte. Dass dies scheiterte, war ihrer Meinung nach darauf zurückzuführen, dass die Formate nicht ausreichend niedrigschwellig waren. Daher eröffnete sie eine Kooperation mit der Gemeinwesenarbeit in den Unterkünften, sodass die

Bewohner*innen in den dort stattfindenden Versammlungen ihre Perspektive bei der Mitgestaltung des Quartiers einbringen können.

Eine andere Befragte äußerte, koordinierend einzutreten, sodass Beteiligungsprozesse auch ihr Ziel erreichen könnten. Als Beispiel nennt sie eine Situation, in der es um nicht näher genannte Probleme an der Schule ging: „Ich versuche dann [...] den Leuten zu sagen: „Ja, wir können das machen. Sie dürfen zum Schulleiter gehen. Aber schauen wir, dass wir Dolmetscher organisieren oder dass wir zusammen schreiben, was Sie sagen wollen, dass man nicht einfach dann jemanden überrollt und dann entsteht nur Konflikt“ (LEH, Z. 553-556).

Eine Sozialarbeiterin gab nach eigener Aussage geflüchteten Klient*innen die Möglichkeit, Flyer zu drucken, um für eine, von diesen organisierte Demonstration zu werben (ALA, Z. 178-181). Auch berichten die Fachkräfte, dass sie ihr Gegenüber an zivilgesellschaftliche Vereinigungen und Organisationen sowie an Ansprechpartner*innen für Beschwerden und Anfragen vermittelten (ALA, Z. 268-271, LEH, Z. 18-28, Z. 809-811, MAE, Z. 44-55, SEC, Z. 98-104).

3-6 Wahrnehmung der eigenen Tätigkeit als politische Bildung | Auch wenn alle Befragten beschreiben, politisch bildnerische Arbeit zu leisten, haben nur fünf von ihnen den für sich selbst in Anspruch genommenen politischen Bildungsauftrag beschrieben. Der Kanon ist, dass der Integrationskurs neben der Sprachvermittlung dazu dient, politische Bildung auf einer „theoretischen“ Ebene zu vermitteln und Soziale Arbeit die entsprechenden Themen „praktisch“ im Alltag bearbeitet. Im Rahmen der eigenen Tätigkeit sei aber nicht der Rahmen gegeben, in dem man sich „tiefgründig“ (LEH, Z. 476) mit Inhalten auseinandersetzen könne. Vielmehr wird der eigene politische Bildungsauftrag lediglich als Ergänzung zum Integrationskurs gesehen und auf Inhalte fokussiert, die im Mittelpunkt der Dienstleistung stehen: „Ich glaube, die Beratung, die kann das nicht so gewährleisten. Ich glaube, die Verantwortung liegt tatsächlich mehr bei, zum Beispiel, Integrationskursen oder so“ (MAE, Z. 822-824).

4 Diskussion und Fazit | Anhand der Vielzahl der genannten Themen lässt sich erkennen, dass es kein Curriculum gibt, aber auch nicht geben kann, das

im Rahmen der Tätigkeit Sozialer Arbeit bearbeitet wird. Eine Vielzahl der beschriebenen Situationen, waren zudem keine explizit auf politische Bildung ausgelegten Aktivitäten. Vielmehr handelt es sich bei einem Großteil um ein „Nebenprodukt“ der professionellen Hilfstätigkeit, also Themen, die mehr oder weniger Teil des genuinen Auftrags sind. Soziale Dienstleistungen basieren zu einem großen Teil auf Beziehungsarbeit. Somit strukturieren der Alltag und die subjektive Lebenswelt der Klient*innen die Themen, die bearbeitet werden, mit. Die von verschiedenen Autor*innen eingeforderte thematische Sensibilität wird – zumindest aus dieser Metaperspektive auf die Aussagen der Interviewten – erreicht. Zugleich äußern alle Befragten, den Gesprächsraum mitzustalten, indem sie selbst Themen auf die Agenda setzen. Ein weiteres Ergebnis der Auswertung ist, dass die Fachkräfte neben dieser ungeplant beiläufigen politischen Bildung auch vielfältige explizit politisch bildende Angebote konzipieren und durchführen. Es ist daher zu konstatieren, dass alle befragten Fachkräfte politisch bildend tätig sind, auch wenn sie selbst das nicht explizit so benennen.

Zugleich ist einzuschränken, dass die vorliegende Auswertung lediglich deskriptiv die Aussagen von sozialen Fachkräften darstellt, die diese über Themen der politischen Bildung treffen, die in ihrer bisherigen professionellen Tätigkeit aufkamen und als relevant wahrgenommen wurden. Ihr Blick auf das Wissen, die Einstellungen, die Ressourcen und die Bedarfe von Geflüchteten und anderen Migrant*innen sowie die daraus resultierenden Themen sind daher in ihrer Standortgebundenheit zu lesen. Es ist für die folgende Forschung daher unerlässlich, sich vertieft mit den Perspektiven und Relevanzsetzungen der Adressierten zu beschäftigen. Nichtsdestotrotz lässt sich bereits anhand dieser Daten zeigen, wie divergent und breit das Feld der politischen Bildung ist, das Teil der professionellen Tätigkeit der sozialen Fachkräfte ist.

Katharina Becker und Barbara Schramkowski (2017) weisen darauf hin, dass Sozialarbeiter*innen eine wichtige Rolle beim Zugang zum Engagement spielen können. Die von den Befragten beschriebene Unterstützung bei der Partizipation und der Verweis auf Vereine und Organisationen zeigt, dass Soziale Arbeit eben auch eine Vermittlungsfunktion hat, um unter anderem die Selbsthilfekräfte ihrer Klient*innen zu unterstützen. Soziale Arbeit kann also einen wichtigen

Beitrag zur politischen Bildung und darüber hinaus zum Empowerment ihrer Adressat*innen leisten. Ihre große Stärke besteht darin, dass sie dort anknüpfen kann, wo viele politische Bildungsprozesse insbesondere im Kontext von Unterrichtsaktivitäten zu kurz greifen: am Alltag und den dort verorteten Problem- und Fragestellungen. So wird durch Fachkräfte der Sozialen Arbeit politisches Wissen entlang von Alltagsproblemen von Klient*innen vermittelt, soziale, interkulturelle und politische Kompetenzen gefördert und ein Reflexionsrahmen geboten, in dem Klient*innen sich selbst ermächtigen und Zugriff auf in ihrer Lebenswelt verortete Ressourcen erhalten können. Die Auswertung zeigt, dass politische Bildung ein wichtiges Element von Sozialer Arbeit ist – gerade im Kontext von Migration und Flucht. Die in der Praxis tätigen Fachkräfte müssen daher über Wissen und Kompetenzen verfügen, diese Arbeit qualitativ hochwertig leisten zu können. Die Fachdiskussion und die Ausbildung in der Sozialen Arbeit sollten sich daher theoretisch, empirisch und methodisch differenzierter mit politischer Bildung auseinandersetzen.

Simon Schmidbauer, M.A. Soziale Arbeit, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung und Technikfolgenabschätzung der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg sowie Doktorand bei Prof. Dr. Horst-Alfred Heinrich an der Universität Passau im Rahmen einer BayWiSS-Verbundpromotion im Kolleg „Sozialer Wandel“. E-Mail: simon.schmidbauer@oth-regensburg.de

Dieser Beitrag wurde im Rahmen einer double-blind Peer Review begutachtet und am 10.2.2021 zur Veröffentlichung angenommen.

Literatur

- Becker**, Katharina J.; Schramkowski, Barbara: Politische Partizipation junger Menschen mit Migrationshintergrund. In: Soziale Arbeit 12/2017, S. 470-476
- Bürgin**, Julika: Politische Bildung in der Sozialen Arbeit. In: sozialmagazin 11-12/2017, S. 68-74
- DBSH** – Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.: Unterbringung zur Abschiebung – Sozialarbeiter_innen gegen die Kasernierung von Geflüchteten. In: https://www.dbsh.de/media/dbsh-www/redaktionell/pdf/Sozialpolitik/Erlaerung_Gegen_Unterbringung_zur_Abschiebung_3_6_2018.pdf (veröffentlicht am 2018, abgerufen am 26.2.2020)
- Dierkes**, Wiebke: Politische Bildung nicht „brauchen“, sondern „sein“. In: Sozial Extra 1/2020, S. 7-12

Ebbeler, Stephan; Popescu-Willigmann, Silvester; Remmeli, Bernd (Hrsg.): Erstorientierung für Geflüchtete. Eine Handreichung aus der Praxis Sozialer Arbeit. Opladen 2019

Gläser, Jochen; Laudel, Grit: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Wiesbaden 2010

Reheis, Fritz: Politische Bildung. Eine kritische Einführung. Wiesbaden 2016

Schirilla, Nausika: Migration und Flucht. Orientierungswissen für die Soziale Arbeit. Stuttgart 2016

Schmidbauer, Simon; Haug, Sonja: Politische Partizipationsmöglichkeiten von Geflüchteten, Demokratiebilder und politisches Wissen – Ergebnisse einer qualitativen Studie. In: Stock, Miriam; Hodaie, Nazli; Immerfall, Stefan; Menz, Margarete (Hrsg.): Migrationsgesellschaft. Pädagogik, Profession, Praktik. Wiesbaden im Erscheinen

Thiersch, Hans: Soziale Arbeit und Lebensweltorientierung: Konzepte und Kontexte. Weinheim, Basel 2015

Többe-Schukalla, Monika: Paradigmen der politischen Bildung und Erziehung in ihrer Bedeutung für die Soziale Arbeit. In: Benz, Benjamin; Rieger, Günter; Schönig, Werner; Többe-Schukalla, Monika (Hrsg.): Politik Sozialer Arbeit. Band 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse. Weinheim 2013, S. 166-181

Toyka-Seid, Christiane: Außerschulische politische Bildung mit jungen Geflüchteten: Erfahrungen, Themen, Bedarfe. Analyse. In: http://empowered-by-democracy.de/wp-content/uploads/2018/03/Au%C3%9Cberschulische-politische-Bildung-mit-jungen-Gef%C3%BCchteten_mittel.pdf (veröffentlicht 2018, abgerufen am 7.8.2018)

Wagner, Leonie; Lochner, Barbara: Politische Bildung als Anspruch und Auftrag Sozialer Arbeit heute. In: Sozial Extra 1/2020, S. 4-6

Wehling, Hans-Georg: Konsens à la Beutelsbach. In: Schiele, Siegfried; Schneider, Herbert (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart 1977, S. 179-180

Westle, Bettina; Tausendpfund, Markus: Politisches Wissen: Relevanz, Messung und Befunde. In: Westle, Bettina; Tausendpfund, Markus (Hrsg.): Politisches Wissen. Relevanz, Messung und Befunde. Wiesbaden 2019, S. 1-39